

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/97

Bonn den 23. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Gerechnet wird unter dem Strich	68

-----  
Im Vorfeld des SPD-Parteitages in Dortmund

2	<u>Unzureichend</u>	29
---	---------------------	----

-----  
Zur beabsichtigten Verlängerung der Räumungsfristen  
für gekündigte Mieter

3	<u>Schwedens Atomforschung</u>	41
---	--------------------------------	----

-----  
Mit an der Spitze der Welt

4 - 5	<u>Chemnitz - Karl-Marx-Stadt</u>	90
-------	-----------------------------------	----

-----  
Wiege der deutschen Sozialdemokratie

6	<u>De Gaulle "sammelt" auch auf der Linken</u>	41
---	------------------------------------------------	----

-----  
Alle Mann an Bord für den Wahlkampf

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

\* \* \*

Gerechnet wird unter dem Strich

Im Vorfeld des SPD-Parteitages von Dortmund

sp - Die jetzt zum Dortmunder SPD-Parteitag vorliegenden und veröffentlichten Anträge haben verschiedentlich die Aufmerksamkeit von Gegnern der Sozialdemokratie hervorgerufen. Sogar Franz Josef Strauß bemühte sich in der Bundestagsdebatte über den Haushaltsplan, Teile einiger dieser Anträge zu Polemiken gegen die SPD heranzuziehen. Auch an anderen Stellen hat man teils frohlockend, teils mit gespielter Bedauern angedeutet, die Sozialdemokratie sei doch nicht eine so geschlossene Gemeinschaft, wie man es immer darstelle.

Ein solches Verhalten verrät - wieder einmal - die mangelnde Kenntnis vom Wesen der Deutschen Sozialdemokratie. Seitdem diese Partei existiert, wird auf allen Ebenen der Organisation immer über den besten Weg nicht nur der Partei selbst, sondern auch der deutschen Politik diskutiert. In den Ortsvereinen, in den Unterbezirks- und Bezirkskonferenzen werden anlässlich der Belegiertenwahlen Vorschläge gemacht, es werden Thesen und Gegenthesen aufgestellt und man bemüht sich, aus der eigenen Sicht einen Beitrag zur Diskussion vor dem Forum der Gesamtpartei, dem alle zwei Jahre stattfindenden Parteitag, zu leisten. Daß hierbei mitunter auch Töne anklingen, aus denen durchaus unterschiedliche Auffassungen zu dieser oder jener Frage herauszuhören sind, dürfte wohl bei einer Partei von fast 750 000 Mitgliedern eine Selbstverständlichkeit sein. Es wäre geradezu gespenstisch und würde der demokratischen Substanz der Deutschen Sozialdemokratie ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn nicht auf allen Ebenen ihrer Organisation ein Höchstmaß von Eifer bei der Vorbereitung eines Parteitages entwickelt werden würde.

Geradezu peinlich wirkt es, wenn eine Wochenzeitung wie der RHEINISCHER MERKUR dem Zentralorgan der SPD, dem VORWÄRTS, hämisch vorwirft, es largweile seine Leser mit dem seitenlangen Abdruck der zum Dortmunder Parteitag vorliegenden Anträge. Auch die hier erwähnte Glosse spricht von mangelnder Kenntnis des Funktionierens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Natürlich kann man über diesen oder jenen Antrag diskutieren. Aber sogar in der Redaktion des RHEINISCHER MERKUR sollte sich herumgesprochen haben, daß laut Statut der SPD der VORWÄRTS verpflichtet ist, alle zu einem Parteitag der SPD vorliegenden Anträge im vollen Wortlaut zu veröffentlichen. Wenn alle Parteien in der Bundesrepublik dies täten, wäre es um die deutsche Demokratie besser bestellt. Dann könnte nämlich niemand sagen, er wisse nicht, wie auf dem Kongreß einer Partei die Beschlüsse zustande kämen und was von einem Parteitag zu erwarten sei.

Es ist ein Zeichen politischer Reife, wenn eine demokratische Partei vor der interessierten Öffentlichkeit jede geistige Strömung in ihren Reihen zu Worte kommen läßt. Auf dem Parteitag selbst wird sich zeigen, welche der in den Anträgen dargelegten Gedanken von der Gesamtpartei akzeptiert werden können, welche Anregungen auf fruchtbarerem Boden fallen und welche Ideen unter Umständen verworfen werden müssen.

Um diesen Prozeß der geistigen Auseinandersetzung zu fördern und die Diskussion auch über schwierige Fachfragen nicht verflachen zu lassen, hat die Sozialdemokratie schon seit mehreren Parteitagen das System der Arbeitsgemeinschaften eingeführt, eine Arbeitsmethode, die inzwischen von allen demokratischen Parteien der Bundesrepublik übernom-

nen wurde. In diesen Arbeitsgemeinschaften werden die Teilprobleme der Gesamtpolitik erläutert und diskutiert, um später vor dem Plenum des Parteitagés noch einmal über zusammenfassende Empfehlungen diskutiert und in Form von Urabstimmungen dem Votum der Gesamtpartei unterbreitet zu werden. Auf diese Weise wird ein Maximum sachverständiger Aussagen und politischer Verantwortung in komprimierter Form zu Beschlüssen verdichtet, die nach Abschluß eines Parteitagés für jeden Sozialdemokraten verbindlich sind.

So wird es auch diesmal wieder in Dortmund sein. Presse, Funk und Fernsehen, Beobachter aller politischen Parteien und gesellschaftlicher Gruppen unseres Volkes werden Gelegenheit haben, den Diskussionen über die bereits veröffentlichten Anträge, aber auch über die auf dem Parteitag selbst gehaltenen Grundsatzreferate zu folgen.

Das Bild der Deutschen Sozialdemokratie, ihr Weg und ihre Politik, werden dann erneut für die Öffentlichkeit und für die Partei selbst verbindlich dargestellt sein. Nicht die im Vorfeld eines Parteitagés in Erscheinung tretenden Einzelaspekte sind entscheidend, sondern das Votum der Gesamtpartei gerechnet wird unter dem Strich.

+ + +

Unzureichend  
-----

#### Zur beabsichtigten Verlängerung der Räumungsfristen für gekündigte Mieter

sp - Was sich in vielen "Weißen Kreisen" tut, grenzt schon an Skandal. Lange Zeit hat sich die Bundesregierung vor einer Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt verschlossen, die krasses Unrecht zeitigt, viele tausende von gekündigten Mietern vor unzumutbare Härten stellt, und den vor Finanzsorgen ohnehin geplagten Gemeinden eine Bürde auflastet, mit der sie kaum oder überhaupt nicht fertig werden.

Angeichts der im Juli stattfindenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik, sandte die von arger Not bedrängte Regierung Meyers an Bonn den Hilferuf, die am 1. Juli fälligen Umwandlungen von vier schwarzen in weiße Kreise auf zwei Jahre zu verschieben, um so dem Zorn der um ihre Wohnungen bangenden Mieter zu entgehen. Aus vielen Gründen konnte Bonn der Düsseldorfer wahltaktisch bedingten Bitte nicht entsprechen, aber man wartete mit einem Pfalster auf: Das Kabinett beschloß eine Verlängerung der Räumungsfristen für gekündigte Mieter um zwei Jahre, eine Maßnahme, die zwar unmittelbare Erleichterungen schafft, doch das Übel des Mietwuchers nicht behobt. In diesem Beschluß liegt zugleich das Bingeständnis der mangelnden Chancengleichheit auf dem Wohnungsmarkt. Auch nach dieser Verordnung bleibt der Mieter nicht vor unangemessenen Mietforderungen geschützt, er muß sie akzeptieren, sofern er die Wohnung nicht verlieren will. Eben darin liegt der Hase im Pfeffer, da kann dem Mieter auch kein Richter mehr helfen, da die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unklar und verschwommen sind.

Ein dem Bundestag vorliegender sozialdemokratischer Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Mietwucher und sozial ungerechtfertigten Kündigungen versucht nach dem Grundsatz größerer Gerechtigkeit einen Ausgleich herbeizuführen. Dieser ist nicht durch die Verlängerung von Räumungsfristen gegeben. Die vorläufige Fristaussetzung ist ein Notbehelf, der an der Wirklichkeit auf dem Wohnungsmarkt kaum etwas zu ändern vermag. Er nimmt dem Mieter nicht das Damoklesschwert ungerechtfertigter Kündigungen.

+ + +

- 3 -

### Schwedens Atomforschung

---

#### Mit an der Spitze der Welt

hk - Wenn man berücksichtigt, daß Schweden nur rund 7,5 Millionen Einwohner besitzt, so hat es bislang pro Einwohner den höchsten Stand in der Atomforschung der Welt erreicht. Die Einrichtung von Forschungszentren sowie der Bau von Forschungsreaktoren und Atomkraftwerken konnte schnell vorangetrieben werden, weil die Regierung mit der Bereitstellung von Mitteln nicht geknauert hat.

Es hat in der internationalen Fachwelt Aufsehen erregt, daß unter der sozialdemokratischen Regierung Erländer in Schweden 1971 ein Kraftwerksreaktor mit einer Kapazität von 400 Megawatt auf Vollast geschaltet werden soll. Dabei wird dieser Leichtwasser-Reaktor für die Produktion von elektrischem Kraftstrom von einer rein privaten Gruppe errichtet. Der Staat hilft natürlich mit seiner wissenschaftlichen Grundlagenforschung.

Schweden verfügt schon über fünf Forschungsreaktoren. Sie gehören der Staatlichen Atomenergie-Gesellschaft. Schon seit Juli 1954 arbeitet im Norden Stockholms unterirdisch in einem Granitfelsen der erste Atomreaktor für Forschungszwecke - nicht nur in Schweden, sondern in ganz Europa. Die 2 000 schwedischen Fachleute auf atomarem Gebiet verfügen somit inzwischen über eine zwölfjährige Erfahrung; ein unschätzbares Kapital.

Die Stadt Studsvik südöstlich von Stockholm ist zu einem Atomforschungszentrum entwickelt worden. Hier arbeiten vier Reaktoren für wissenschaftliche Zwecke. Nur einer der fünf Forschungsreaktoren wurde aus dem Ausland bezogen. Alle anderen sind in Schweden selbst entwickelt worden. Dabei hat Schweden die großen Entwicklungen in der Reaktor-Technik rechtzeitig mitgemacht. Die drei ersten Reaktoren haben schweres Wasser als Moderator. Der letzte in Studsvik installierte ist aber ein schneller Brüter.

Schon seit 1964 verfügt Schweden auch über einen Reaktor, der Kraftstrom in das städtische Netz der Stadt Ägesta südlich von Stockholm abgibt. Ende 1968 wird in Norrköping ebenfalls südlich von Stockholm ein Atomkraftwerk fertiggestellt sein, das eine Kapazität von 200 Megawatt besitzt. 500 Millionen Kronen wird die Anlage kosten. Inzwischen haben die Schweden auch bei Oscarshamn mit dem Bau eines Atomkraftwerkes begonnen.

Im laufenden Finanzjahr hat die schwedische Regierung rund 100 Millionen Kronen (77 Millionen DM) für die Atomforschung bereitgestellt. Wenn man diesen Betrag auf die Bundesrepublik überträgt, müßten im Etat für 1966 rund 750 Millionen DM für Forschung; Entwicklung und Installation von Atomreaktoren bereitstehen.

Chemnitz - Karl-Marx-Stadt

Wiege der deutschen Sozialdemokratie

Ein Benediktinerkloster war die Urzelle für eine Niederlassung, deren Gründung in das Jahr 1136 fällt. Schon früh entwickelte der wache Sinn der Einwohner einen Handwerkerstand, der in der Mitte des 14. Jahrhunderts das Bleichmonopol besaß. Entsprechend hatte sich das Leineweberhandwerk entfaltet. Im 15. Jahrhundert brachten durchreisende Kaufleute aus Frankfurt und Augsburg die Tuchbereitung und die Metallbearbeitung in die Stadt. Die Armut der Handwerker und ihrer Gesellen führte immer wieder zu Auseinandersetzungen mit dem Adel. Im 17. Jahrhundert wurden, als Repressalie, den Handwerkern alle Privilegien genommen, Vereine verboten usw. Am Ende des gleichen Jahrhunderts streikten die Posamentierarbeiter. Der dreißigjährige Krieg brachte für Chemnitz schwere Rückschläge und die Großmachtspolitik der sächsischen Könige verhinderte danach einen raschen Wiederaufstieg.

Ende des 18. Jahrhunderts kamen aus Frankreich und England technische Ideen nach Chemnitz, die den Grundstock für die später berühmt gewordene Spinn- und Webmaschinenfabrikation legten. Bereits 1812 gab es 28 Fabrikspinnereien. In der Mitte des 19. Jahrhunderts erweiterte sich der Maschinenbau beträchtlich. Es wurden Dampfessel, Lokomotiven und später Werkzeugmaschinen gebaut.

Die Armut der Bevölkerung und die Bevormundung durch Adel und Besitzerstand hatten immer wieder Anlaß zu Protesten gegeben. Der September 1830 und die Revolution 1847/48 waren Marksteine dieser Protestbewegungen. Mit der Industrialisierung wuchs das Proletariat, das in eigenen Organisationen, Vereinen, Gewerkschaften und zuletzt in der Sozialdemokratischen Partei seiner Macht Ausdruck verlieh. Sie hat später die Geschichte der Stadt nachhaltig beeinflusst.

In den Jahren 1863 bzw. 1864 sind die ersten Gründungen von Arbeiterbildungsvereinen, zunächst von liberaler Seite vorgenommen worden. Aus diesen Vereinen bildete sich später die sozialdemokratische Bewegung. Namen wie Babel, Liebknecht, Lassalle, gehörten zu der Chemnitzer Arbeiterbewegung und verschafften ihr Geltung. In Chemnitz wurde die erste Arbeiter-Fabrikgenossenschaft gebildet, die allerdings bald pleite ging. Die Chemnitzer Arbeiterbewegung machte in jenen Jahren einen Gärungs- und Klärungsprozeß durch, der auch an anderen Orten in Deutschland zu verzeichnen war. Soziale, sozialistische und liberale Gedanken formten jene Kräfte, die später als Sozialdemokratische Partei Geschichte machten. Aus dem Programm der "Demokratischen Partei" in Chemnitz sei ein Teil wiedergegeben, dem beinahe aktuelle Bedeutung zukommt:

- \* "Die Demokratische Partei hat den nunmehr beendeten,
- \* lediglich im Interesse dynastischer und partikulari-

- \* stischer Bestrebungen geführten Krieg von Anfang an
- \* als ein Nationalunglück beklagt und verdammt, weil
- \* derselbe nicht nur zum teilweisen Ruin des Wohlstandes
- \* des deutschen Volkes und zur Verbitterung der
- \* deutschen Stämme gegeneinander, sondern auch zur
- \* Teilung unseres gemeinsamen Vaterlandes, zur Unfrei-
- \* heit und zur Einmischung des Auslandes in deutsche
- \* Angelegenheiten führen mußte... Daß sie die norddeutschen
- \* Staaten, wenn auch nur zeitweilig von Süddeutschland
- \* getrennt, nur als einen Teil Deutschlands betrachteten
- \* und bei ihrem Eintritt in den Norddeutschen Reichstag
- \* gegen die Dreiteilung wie gegen jedwede Teilung und
- \* Verkleinerung Deutschlands protestieren..."

1878 wurde die erste Parteizeitung, die "Chemnitzer Freie Presse" gegründet. Die SPD besaß 1912 einen Mitgliederstand von rund 12 000, die Auflage der Parteipresse betrug im gleichen Jahr mehr als 60 000. In den Gewerkschaften waren über 40 000 Arbeiter organisiert. Vor dem zweiten Weltkrieg wohnten in Chemnitz rund 350 000 Bürger. Durch Bombenangriffe wurden im März 1945 etwa 72 000 Wohnungen zerstört oder schwer beschädigt. Sämtliche Theater fielen in Trümmer und 64 Schulen wurden durch Bomben zerstört. Die Stadtbücherei fiel mit 64 000 Bänden einem Brand zum Opfer.

Nach dem Zusammenbruch entwickelte sich sofort ein reges politisches Leben. Die Sozialdemokratische Partei wurde zur dominierenden Kraft. Diese Entwicklung wurde jedoch durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD unterbrochen. Heute beherrscht die SED das Leben der Stadt.

Das Wirtschaftsleben kam nur langsam voran. Was den Bomben nicht zum Opfer gefallen war, wurde durch die Besatzungsmacht konfiszieren. Nach dieser lähmenden Periode verhinderte die zentrale Wirtschaftsplanung der SED eine rasche Aufwärtsentwicklung. Großobjekte an anderen Orten der "DDR" verlangten den vollen Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel. Die Wiederinstallierung der Fabriken machte trotz allem Fortschritte, Fleiß und Hingabe ersetzten Investmittel, die erst im Laufe der Zeit wieder reichlicher flossen. In diese Zeit, 1953, fällt auch die Umbenennung der Stadt in Karl-Marx-Stadt.

Diese schweren Zeiten liegen hinter der Stadtgeschichte. In den letzten Jahren sind viele Neubauten, die sich mit westlichen Bauten messen können, errichtet worden. Mehr Investmittel für Industrie und Wohnungsbau, Institute und Fachschulen helfen mit, der Stadt ihre einstmalige Bedeutung zurückzugeben.

In den Mauern dieser Stadt wird, wenn die Voraussetzungen hierfür geschaffen sind, die erste öffentliche Auseinandersetzung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der kommunistischen SED stattfinden.

## De Gaulle "sammelt" auch auf der Linken

### Alle Mann an Bord für den Wahlkampf

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Mehrere "linksgaullistische" Persönlichkeiten veröffentlichten dieser Tage einen aufsehenerregender Appell, in dem sie sich nicht nur für de Gaulles Außenpolitik, sondern auch für bestimmte Seiten seiner Innenpolitik und für seine "Wirtschaftsplanung" aussprechen. Unter den Unterzeichnern findet man den früheren Chefredakteur der prokommunistischen Tageszeitung "Libération", Emmanuel A s t i e r, den früheren Sekretär des kommunistisch gelenkten Gewerkschaftsbundes CGT, I c B r u n, aber auch den linkskatholischen Chefredakteur der bekannten Monatsschrift "Esprit", Jean-Marie D o m e n a c h, den früheren sozialistischen Arbeitsminister Andre P h i l i p, ein früheres Mitglied des Parteivorstandes der SFIO, Lucien J u n i l l o n den Generaldirektor der nordfranzösischen Kohlengruben von M o r e n ß e s, sowie die früheren Trotzkiisten Theo B e r n a r d und David R o u s s e t.

### Gemischte Gesellschaft

Diese gemischte Gesellschaft erklärt sich als "demokratisch und sozialistisch" und behauptet, Frankreichs innenpolitischer "Verfassungsstreit" sei "überholt". Um so leichter fällt es den Verfassern, sich nicht nur für de Gaulles Außenpolitik auszusprechen, insbesondere für die "internationale Friedenspolitik", die "Ablehnung jeder Eingliederung in hegemonische Blocks und für ein Gesamteuropa", sondern auch für de Gaulles "Planwirtschaft", allerdings mit dem Zusatz: "Wir sind Anhänger demokratischer Planung mit wirklicher Beteiligung der Gewerkschaftsbewegung."

### Außenpolitik und Innenpolitik

Der Schlüssel des Manifestes befindet sich in der Hypothese, die Außenpolitik könne "in der modernen Welt in entscheidender Weise auf die Innenpolitik einwirken". Mit anderen Worten, die französischen "Linksgaullisten" sind felsenfest überzeugt, de Gaulles Ostpolitik und sein guter Ruf in der "Dritten Welt" der Entwicklungsländer von Kuba bis Algier und von Dakar bis Hanoi müßten schließlich auch die innenpolitischen und sozialen Strukturen der 5. Republik in "demokratischem" und "sozialistischem" Sinn verändern.

### Alle Mann an Bord

Das gaullistische Regime begrüßt diese "linke" Schützenhilfe mit Genugtuung. In diesem Wahljahr sind a l l e Helfer willkommen. Die "Linksgaullisten" bilden das symmetrische Gegenstück zu den Rechtskonservativen unter Führung des früheren Finanzministers Giscard. Die einen sollen in der Arbeiterschaft Stimmen werben, die anderen sollen das Vertrauen des Bürgertums gewinnen. Ein "Verbindungsausschuß zur Verteidigung der 5. Republik" wurde geschaffen, in dem alle diese Gruppierungen gemeinsam mit der eigentlichen gaullistischen Regierungspartei UMR-UDF sitzen, um de Gaulles bedrohte Positionen in den nächsten Parlamentwahlen zu retten. Mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten.